

Freitag 12.05.2006

Agenturmeldung

Gut informiert.  
Richtig entscheiden.

Adresse:  
The Associated Press GmbH

Moselstr. 27  
60329 Frankfurt/Main  
Tel.: 069/272302  
Fax: 069/251289

Interne Pub.-Nr.: 700700

6264 0 060512

DEU/Föderalismus/Reform 1.ZUS

Wissenschaftler weisen Wirksamkeit der Staatsreform nach Erste Zusammenfassung

Utl: Länder müssten nur noch einem Viertel der Gesetze zustimmen - Anhörung zur

Föderalismusreform beginnt am Montag

MAW9744 4 plx 507 APD6264 GE x O 00000280 DEU/Föderalismus/Reform 1.ZUS dsa

brn

Wissenschaftler weisen Wirksamkeit der Staatsreform nach

Erste Zusammenfassung

Utl: Länder müssten nur noch einem Viertel der Gesetze zustimmen - Anhörung zur

Föderalismusreform beginnt am Montag =

Berlin (AP) Wissenschaftler des Bundestags haben die Wirksamkeit der geplanten Föderalismusreform nachgewiesen. Nach einer am Freitag in Berlin vorgelegten Untersuchung wird mit den Gesetzesänderungen die angestrebte Entflechtung der Zuständigkeiten von Bundestag und Bundesrat erreicht. Auf die beiden vergangenen Wahlperioden angewandt, hätten die Länder nur rund einem Viertel statt mehr als der Hälfte der Bundesgesetze zustimmen müssen. Dies liegt deutlich unter dem bisher angenommenen Prozentsatz.

Die Vorsitzenden der Föderalismuskommission, Franz Müntefering (SPD) und Edmund Stoiber (CSU), waren bislang davon ausgegangen, dass nach der Reform des föderalen Systems noch 30 bis 40 Prozent der Gesetze zustimmungspflichtig sein werden.

Nach der Untersuchung der Wissenschaftler waren in der Wahlperiode 1998 bis 2002 von insgesamt 563 Gesetzesbeschlüssen des Bundestags 311 zustimmungsbedürftig. Nach dem geplanten neuen Recht wären es nur 145 Gesetze.

Nach den Zahlen für die vergangene Legislaturperiode waren von 400 Gesetzen 204 zustimmungspflichtig. Künftig wären es lediglich 96. Die SPD-Fraktion hatte die Untersuchung in Auftrag gegeben. Ihr Geschäftsführer Olaf Scholz erklärte: «Der Anteil der Gesetze, die der Zustimmung des Bundesrats bedurft hätte, würde sich also deutlich halbieren.»

Am Montag beginnt in Berlin eine auf sieben Tage in den nächsten drei Wochen angesetzte Expertenanhörung von Bundestag und Bundesrat zur Föderalismusreform. Scholz sagte, nach der Untersuchung erwarte er eine «ganz entspannte Beratungssituation». Die Ergebnisse zeigten, dass es nicht «viel Ärger um nichts» geben werde, sondern dass sich die Reform lohne.

Für die Wähler werde künftig klarer erkennbar, wer eigentlich für welches Gesetz verantwortlich ist, verteidigte Scholz die Staatsreform. «Die langen Nächte in der Dunkelkammer des Vermittlungsausschusses werden die Ausnahme und nicht mehr die Regel sein. Viele Gesetze werden nicht mehr hinter verschlossenen Türen zwischen den Ministerpräsidenten und dem Bundestag ausgehandelt, sondern auf der offenen Bühne des Parlaments verhandelt und entschieden.»